Einzelpreis 40 Pfennig

Völkischer Beobachter

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Samstag. — Bezugspreis: Im Inland durch die Post monatlich M. 3.70, vierteljährlich M. 11.—, unter Streifband im Inland und Deutschösterreich monatlich M. 5.—, vierteljährlich M. 15.— im übrigen Ausland monatlich M. 7.—, vierteljährlich M. 20.—. Postscheckkonto München 11 346. — Geschäftsstelle: Thierschstraße 15. — Fernruf: 20 647 — Geschäftszeit 8½—4½ Uhr, Samstag 8½—12½ Uhr. — Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen auswärts brutto M. 2.—, für München M. 1.50 mit entsprech. Nachl. Reklamezeile M. 8.— Finanzanzeigen netto M. 1.50. Familienanzeigen M. 1.20, Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) M. 1.—. Schriftleitung: Schellingstraße 41/I. Fernruf: 20 647. — Drahtanschrift: Beobachter München Sprechstunden der Schriftleitung: Täglich von 10—12 Uhr vormittags.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Leiter: Dietrich Eckart

Ausgabe 86 | München (Samstag), den 12. November 1921 | 35. Jahrgang

F. M. J. Rehse Archiv München

Steuerstreik in Dachau

„Nie wieder Krieg!"

Eine Totenfeier, die zu unwürdiger Flugblatt-Hetze benutzt wurde. Die Teilnehmer wurden von den Betriebsräten aus den Betrieben herangeführt. Die Rede am Karolinenplatz fiel aus. Die Kommunisten haben den M.S.P., den Schützingerhelden und der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit" allerdings ein wenig das Konzept verdorben, damit aber auch gezeigt, daß sie ehrlicher sind als die öligen Friedensbonzen. Die K.P.D. ließ ein Flugblatt verteilen, darauf heißt es u. a.: „Wehrt euch bis auf die Zähne! So darfs nicht weitergehen! Nicht schweigen, sondern Kampf ist eure Losung! Mögen die Lahmen, mögen die Halben und Feigen die Trauerweiber spielen. Wir aber haben keine Zeit zur Trauer, es gilt zum Kampf! Es gilt den Krieg gegen das Kapital. Es gilt den Krieg gegen die Unterdrücker. Es gilt den Krieg gegen die waffenstarrende Reaktion usw. Krieg, Krieg und nochmals Krieg, und schließlich: Durch Krieg zum Sieg!" Die „M. P." hat in ihrem Aufruf so geschrieben: „Wir wollen demonstrieren durch Wahrung der Menschenwürde und durch Schweigen! Schweigend wollen wir aufmarschieren und schweigend wollen wir auseinandergehen." Dieweilen spielte die Musik an der Spitze des Zuges beim Anmarsch zur „Totenfeier" und mit dem Abfingen der Internationale zogen die „schweigend Trauernden" ab.

Wilde Redner traten auf, wie wir sie aus der Spartakistenzeit kennen. Ihre Gefühlsausbrüche, die in breiter, dummer Demagogie bestanden, wurden von gewissen Teilnehmern an der Totenfeier mit — Händeklatschen aufgenommen. Die Stätte, die die ernste Totenfeier am 9. Oktober sah, wurde am 10. Nov. durch dieses unwürdiges Hetzgeschrei entweiht. Mit der Menschenwürde hat es scheinbar noch gute Wege. Wie soll es auch anders sein: auf der einen Seite Führer vom Schlage Schützinger, auf der andern die Hetzer zum Klassenhaß! Der Hauptmann a. D. Schützinger brachte es fertig, zu sagen: „Es war das ganze deutsche Volk, das gegen ein anderes gewütet und gemordet hat." Das sagt der Mann bei einer „Trauerfeier" für die, welche ihr Leben opferten, um die Heimat und ihre Lieben vor gänzlicher Vernichtung durch teuflische Mordgier eines bestialischen Feindes zu schützen.

Die Friedensengel mit den roten Ballonmützen, dem Klassenhaß im Herzen und dem Versöhnungsgedudel auf den Lippen werden gut daran tun, das Andenken unserer toten Heldensöhne nicht noch einmal durch eine solche „Totenfeier" zu schänden. Um Irrtümern vorzubeugen: Wir sehen wieder das alte Spiel, daß demagogische Führung die Massen auch hier zu mißbrauchen versuchte. Hsj.

„Enthüllt" und gehetzt muß werden!

In der „Leipziger Volkszeitung" vom 11. Oktober 1921 ist ein Artikel mit der Überschrift „Die Waffenschiebungen in Bayern" enthalten. Dieser Artikel lautet am Schluß:

„Am 5. Oktober wurde von den bekannten Nationalsozialisten Drechsler und Rechtsanwalt Dr. Buckeley in München folgendes Telegramm aufgegeben:

Zinke, Denhofstr. — Eschersheim (b. Frankfurt a. M.): Zweihundert abgeht vollzieht ehestens Übergabe an Kunze.

Ein zweites Telegramm an Kunze, Gewerkschaft Franz in Dietersheim, setzt Kunze in Kenntnis von der Absendung an Zinke.

Vielleicht gibt der Hakenkreuzlerführer Drechsler Auskunft darüber, ob in dem Telegramm von 200 Gewehren aus den Beständen der aufgelösten Einwohnerwehren oder von 200 Revolvern für die Filiale der geheimen Mörderorganisation die Rede ist. Der neue bayerische Ministerpräsident und der neue Polizeipräsident haben hier Gelegenheit, ihren ehrlichen Willen zur Verhinderung gesetzwidriger Handlungen zu beweisen."

Daß hier ein aufgelegter Schwindel, verbunden mit der Absicht, zu hetzen und zu verleumden, vorliegt, war uns sofort klar. Erstens ist Dr. Buckeley nicht eingeschriebenes Mitglied der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei. Zweitens hat das Telegramm mit unserer Partei auch nicht das geringste zu tun. Der Sachverhalt ist vielmehr folgender, wie er uns auf eingehende Erkundigung hin einwandfrei dargestellt wurde. Das erste Telegramm betrifft die Repräsentantin Zinke, Frankfurt a. M., Denhofstraße, der Gewerkschaft Franz in Diedenbergen, an die durch Dr. Buckeley in seiner Eigenschaft als Grubenvorstandsmitglied der Bergbaugesellschaft Diedenbergen eine Zahlung von 200 000 M. am 5. Oktober zu leisten war. Aus Zweckmäßigkeitsgründen verständigte das zweite Telegramm den auf der Gewerkschaft Franz in Diedenbergen tätigen Buchhalter, Herrn Kunze, von dem Abgang des Geldes. Beide Telegramme tragen die Unterschrift Buckeley. Drexler, der Ehrenvorsitzende unserer Partei, hat mit der Sache gar nichts zu tun. Es ist lediglich der Enthüllungs- und Verleumdungseifer, der solche Beziehungen zusammenspintisiert.

Der Vorfall aber beweist mit aller Deutlichkeit, daß ein Telegraphenbeamter das Postgeheimnis verletzte, sonst wäre diese dumme und verbrecherische Ausbeutung durch die Judenpresse gar nicht möglich gewesen. Wie wir hören, ist die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft angezeigt worden. Es wäre nicht mehr als billig, wenn gegen solche Pflichtverletzung energisch vorgegangen würde. Oder sollte eine planmäßige „Überwachung" des Telegramm- und Fernsprechverkehrs Nationalgesinnter angeordnet sein? Vielleicht von Berlin aus? Manches Anzeichen spricht dafür! Mögen sie ruhig ihre dreckigen Rüssel überall hineinstecken, es wird schon dafür gesorgt, daß je nach Bedarf diesen Schnüfflern kräftig eines ausgewischt wird. Hsj.

Steuerstreik in Dachau

Der Vorgang ist folgender: In der Gemeinde Dachau haben sich sämtliche Vereine zusammengetan und an die Gemeindeverwaltung eine Eingabe gemacht, um eine Ermäßigung der Lustbarkeitssteuer zu erreichen. Die Lustbarkeitssteuer erstreckt sich bekanntlich nicht nur auf ausgesprochene Vergnügungsveranstaltungen, sondern auch auf andere Vereinsveranstaltungen, die nicht gerade zu einem Leichenbegängnis dienen. So ist es eine häufige Klage und eine Belastung von Vereinen, die z. B. zu einer vaterländischen Feier sich versammeln, wenn da eine Lustbarkeitssteuer abgeknöpft wird. Die Eingabe der Dachauer Vereinigungen wurde, wie ja nicht anders zu erwarten war, abschlägig verbeschieden. Darauf folgte eine erneute Eingabe, aber mit der bestimmten Androhung, daß in den Steuerstreik eingetreten und man überhaupt keinerlei Veranstaltung mehr machen würde, wenn dem Ersuchen um Ermäßigung der Lustbarkeitssteuer nicht stattgegeben würde. Soweit steht die Angelegenheit, wie uns berichtet wurde.

Das Bedeutungsvolle an der ganzen Angelegenheit ist der greifbar zutage getretene Gedanke des Streiks in Steuersachen. Dachau hat das unbestreitbare Verdienst, hier vorangegangen zu sein, und die Dachauer Gemeindeväter mögen nicht schlecht erschrocken sein bei dem Gedanken, eine doch immerhin ertragreiche Einnahmequelle versiegen zu sehen, wenn die Vereine keinerlei Anlaß mehr zu einer Besteuerung geben wollen, wenn sie in den tatsächlichen Steuerstreik eintreten.

Der Gedanke des Steuerstreiks hat aber ganz entschieden etwas Verlockendes, ja etwas Verheißungsvolles in sich, so sehr die offiziellen finanztechnischen — und politischen Steißtrommler neudeutscher Prägung davor zittern mögen. Wir halten es direkt für unsere Pflicht, das Problem des Steuerstreiks, das die Dachauer so ganz aus sich selbst heraus als einen Ausfluß der Selbsthilfe in die volkswirtschaftliche Welt geworfen haben, näher zu beleuchten. Es werden sich überraschende Schlüsse ergeben, und wir hegen die Vermutung, daß bei richtiger und nüchterner Erwägung unserer trostlosen wirtschaftlichen Lage eines Tages der Steuerstreik des ganzen deutschen schaffenden Volkes mit voller Wucht und wie auf einen Schlag einsetzen wird, wie wir zuversichtlich glauben, sehr zum Wohle Deutschlands.

Eine gesunde Finanz- und Wirtschaftspolitik sieht ihr vornehmstes Ziel darin, die allgemeine Volkswohlfahrt zu erhöhen. Dies sucht sie zu erreichen dadurch, daß die Einnahmen zu den Ausgaben in einem gesunden Verhältnis stehen. Sobald im Staate aber die Ausgaben größer sind als die Einnahmen, tritt eine ungünstige Verschiebung ein, die leicht zu Dingen verführt, wie wir sie heute in so unheilvoller Wirkung im Zinsendienst verkörpert sehen. Die erhöhteren Ausgaben verführten den Staat dazu, Schulden zu machen, d. h. Anleihen aufzunehmen. Aus diesen Anleihegeldern wurden jene Haushaltspflichten des Staates bestritten, für die die Einnahmen nicht zureichten, welche er aus den Steuern und Staatsbetrieben erzielte. Mit den steigenden Bedürfnissen, die sich durch mangelnde Sparsamkeit auf fast allen Gebieten vermehrten, häuften sich die Anleihen im Laufe der Zeit bis zum heutigen Finanzbolschewismus. Anleihen sind Schulden, die gedeckt und verzinst werden müssen. Zur Verzinsung werden die Einnahmen des Staates besonders aus den Steuern verwendet. So wuchs von Jahr zu Jahr die Zinsenlast, und damit zog die Besteuerung an. Heute sind wir nun glücklich so weit, daß die bereits zum Wahnsinn gestiegenen Steuern nicht entfernt für die Zinsen unserer äußeren und inneren Anleiheschulden ausreichen; es werden bereits Anleihen gemacht, um Zinsen zahlen zu können. Aber auch diese Anleihen müssen natürlich verzinst werden. Dazu kommen die Leistungen aus dem Versailler Selbstmorddiktat und dem Ultimatum, die neue Milliardenanleihen verursachen, und ebenso neue Milliarden an Zinsen und desgleichen neue Milliarden an Steuern, Reparationssteuern genannt. Selbst zum Ankauf von Lebensmitteln und Getreide aus dem Ausland wurden hochverzinsliche Anleihen aufgenommen. So bleibt von den Steuererträgnissen nicht nur nichts übrig für die Hauptaufgaben des Staates, sondern die Steuern reichen, wie schon erwähnt, nicht einmal zu, die Zinsen aufzubringen für die Staatsschuld. Die ganze Finanzgebarung besteht aus: Anleihen — Zinsen — Steuern — Anleihen — Zinsen — Steuern und so fort bis ins Aschgraue.

Wer darunter leidet, ist einzig und allein das schaffende deutsche Volk. Gewinn aus den Anleihen haben nur die Börsen und Banken, von welchen die inneren und äußeren Anleihen aufgenommen werden. Die höchste Steuerlast ist nicht mehr imstande, den Staat wirtschaftlich zu erhalten, wie es die eigentliche Zweckbestimmung der Steuern wäre. Selbst das stimmt nicht mehr, wenn man sagt, der Staat gibt mit der einen Hand, was er mit der anderen nimmt, weil der Staat gar nicht mehr in der Lage ist, das, was er dem Volke nimmt durch Steuern, in Form von werbenden Anlagen dem Volke als Einrichtungen wiederzugeben, die zur Weiterentwicklung von kulturellem und wirtschaftlichem Wohlstand der Bevölkerung dienen, die ja den Staat ausmacht.

Aber der Staat ist es heute nicht mehr allein, der nur nimmt und nimmt, sondern es sind noch über- und zwischenstaatliche Kräfte am Werke, die außerdem der Bevölkerung auch das noch nehmen, was der Staat vielleicht noch übriggelassen hat. Das ist die Gaunergilde der heute praktisch außer jeglicher strafrechtlicher Verfolgungsmöglichkeit stehenden Schieber, Wucherer, Preistreiber, Valuta- und Aktienspekulanten. Diese verteuern unter der Hand den ohnehin schon durch wahnsinnige direkte und indirekte Steuerbelastung verteuerten notwendigsten Lebensbedarf an Nahrung, Kleidung und Wohnung. Diese Blutegel sind es auch, deren Millionen- und Milliardengewinne, aus der Arbeitskraft des Volkes gesogen, dem Staate für die Besteuerung unerreichbar bleiben, weil der heutige Staat es selbst ist, der das Treiben dieser Gauner fördert und stützt. Die Finanzpolitik des Reiches ist es, die nicht zum wenigsten die Gelegenheiten schafft mit ihrer Anleihewirtschaft, mit ihrer Unterzeichnungsfreudigkeit für alle Erpresserultimate der Judenentente der ganzen Welt, sie ist's, die die Kanäle aufreißt, in denen die Kraft und der Nationalwohlstand des deutschen Volkes heute schon sich ausgeblutet haben und in die unersättlichen Taschen der Weltleihfinanz abfließen.

Diejenige Wirtschaftsgruppe, die durch Herstellung von Werten Brot und Arbeit schafft, die gesamte deutsche Industrie ist's, die dem Staat das Geld jetzt beschaffen will, wenn — alle die Mißstände im Staatshaushalt sofort beseitigt werden, die das Opfer dennoch nutzlos machen würden. Die Verhandlungen, die nach der Münchner Entschließung der Industrietagung gegenwärtig in Berlin gepflogen werden, haben die Frage auftauchen lassen, ob es überhaupt noch einen Zweck hat, die Geldmittel zu beschaffen, oder ob nicht das gute Geld dem schlechten, schon verlorenen, nachgeworfen würde. Denn abgesehen davon, daß diese Finanzaktion letzten Endes auch wieder nichts anderes wäre als eine innere Anleihe des Reiches bei der Industrie, für welche wieder neue Steuern oder eine andere Anleihe zur Verzinsung aufgebracht werden müßten, würde damit doch nur eine Galgenfrist erreicht, bis eben die neuen Anforderungen aus dem Ultimatum fällig werden. Es ist bezeichnend, daß der Reichsbankpräsident v. Havenstein bei den Verhandlungen mit der Industrie wortwörtlich nach dieser Galgenfrist gewinselt hat. Somit haben wir von eingeweihter Seite das Geständnis erhalten, daß die wirtschaftliche Katastrophe unweigerlich eintreten wird. Das heißt mit anderen Worten: es ist alles umsonst, der Zusammenbruch kommt, wenn nicht heute, dann morgen mit tödlicher Gewißheit!

Unter solchen Umständen hat der „Staat" auch den Schein eines sittlichen Rechtes verloren, Steuern zu erheben; denn die Schulden sind bereits so hoch, daß keine Steuer mehr die Zinsen aufbringt, an eine Tilgung der Schulden ist dabei gar nicht gedacht. Und dann kommt der Tag, wo eine Zinszahlung von selbst aufhört, weil eine Steuer nicht mehr erhoben werden kann; denn das Volk wird nichts mehr haben. Dann werden die Gläubiger die Schuld eintreiben, und es wird den Deutschen auch nicht das Hemd am Leibe zu eigen gehören. Anders ausgedrückt: die Katastrophe ist da! Es ist gar nicht nötig, darauf zu verweisen, daß dies das Ziel der Leihfinanz ist, es ist ganz belanglos, ob die Bevölkerung das glaubt oder nicht, daß dies Ziel von den jüdischen Machern erstrebt wird. Die Tatsache der ewigen Schuldknechtschaft wird sie von selbst zu diesem Glauben belehren. Dann ist es vielleicht zu spät.

Heute aber sieht jeder Volksgenosse, daß selbst die irrsinnigsten Steuersätze, die größten Anleihen zu nichts anderem dienen, als in das Maul eines unersättlichen Molochs geworfen zu werden, hat der Unterschriften unter Erpressungsdokumente durch Hände, die immer noch nicht verdorrt sind, ohne daß auch nur die leiseste wirtschaftliche Besserung eintritt. Wie wäre es nun da, wenn das Volk selbst entschlossen den Faden abreißen würde, der durch das Schuldenlabyrinth ins vollendete Chaos unabwendbar führt, wenn ihm weiter nachgegangen wird? Wenn es den Vertretern und Verwirklichern dieser Chaospolitik die Mittel sperrte, im verbrecherischem Leichtsinn durch diese Schuldenwirtschaft und Zinssklaverei die Kraft der Schaffenden bis aufs letzte auszusaugen? Wie wäre es, wenn das gesamte schaffende Volk mit einem Schlag keinen Pfennig Steuer mehr abgeben würde an einen Staat, der aber auch nicht eine einzige Eigenschaft eines Staates im Sinne dieses Begriffes mehr an sich hat?

Das wäre ja der Bankrott! Haben wir ihn denn nicht ohnehin schon, und haben wir ihn durch bisheriges Steuerzahlen aufheben können? Nein! Haben wir die Hoffnung bekommen, daß die vollendete Katastrophe vermieden werden könnte, wenn wir noch mehr Steuern uns abpressen? Nein! Aber das wäre Landesverrat! Nein und tausendmal nein!: Wir helfen im Gegenteil mit an dem eigentlichen Landesverrat, indem wir durch die Abgabe der Steuern auch noch den letzten Rest unsrer Schaffenskraft mit verschleudern, so daß uns der vollendete Zusammenbruch unserer Wirtschaft vollständig kraftlos für einen Wiederaufstieg antreffen würde. Einen Moloch sattfüttern zu wollen, die Absicht wäre ausgemachter Blödsinn. Aber das, was wir noch haben, benützen zur Stärkung der eigenen Kraft, das hat Sinn und Zweck und führt auch zum Ziel, das wir anstreben müssen. Mit dem Steuerstreik!

treffen wir auch am härtesten den Geld fressenden Juden und seine geschmeidigen Troßknechte. Solange muß der Steuerstreik dauern, bis wieder Männer an der Spitze des Staates stehen, die davon einen anderen Begriff haben, als die heutigen „Staatslenker“, die den Staat als eine Verschacherungsanstalt des Volkes an fremde Raubgier zu betrachten scheinen.

Die Befürchtung aber, daß der Feind ins Land kommt, ist gegenstandslos. Der kommt so auch, nur daß er uns in einem halben Jahr vollständig zermürbt und ausgepumpt antrifft, also willenlos in jeder Hinsicht. So aber dürfte er es sich weidlich überlegen, wenn ein ganzes Volk durch einen allgemeinen Steuerstreik zum Ausdruck bringt, daß es nicht gewillt ist, willenlos sich ins Grab hineinzuhungern. Ein Volk und Staat wird von den anderen nach seiner sichtbaren Vertretung beurteilt. Und die heutige Vertretung unseres Staates ist der Gegenstand tiefster Verachtung bei den anderen Völkern. Die Verachtung trifft das Volk mit, und mit Recht, wenn es solche Vertreter nicht durch andere zu ersetzen weiß. Diese würde der staatserhaltende Steuerstreik in den Sattel heben. Aus dem kleinen Dachauer Beispiel muß die Gesamtheit lernen. Über die praktischen Wege zum Steuerstreik ließen sich mancherlei Vorschläge machen. Auch Berlin bietet ein Beispiel über das wir nächstens berichten.

Also aber sprach des Reiches Kanzler Dr. Wirth:

„Es wird eine harte Arbeit sein und unsere ganze politische Kraft dahinter zu setzen sein, um das große Ziel zu erreichen, das zu erfüllen, was uns die Feinde aufgebürdet haben. Ich werde von diesem Ziel nicht lassen. Ich weiß nicht, inwieweit wir das Ziel erreichen werden. Aber daß wir es erreichen, wenn wir wollen, das ist für mich gewiß. Ich erinnere an das Abkommen von Spa. Ich habe damals große Herren gehört, die sagten, wenn das deutsche Volk Spa annimmt, dann wird es nicht mehr bestehen können. Wir haben Spa angenommen und Deutschland ist nicht zerbrochen. Im Gegenteil, es hat sich wieder gehoben... Gewiß hat sich auch die Schuld des Reiches gehoben. Wir haben heute Verpflichtungen von über dreihundert Milliarden. Hat sich aber nicht trotzdem schon in manchen von den Fällen, wo Not und Elend war, eine gewisse Erleichterung gezeigt?... Nicht nur die jetzige Generation, sondern auch die kommende wird alles aufbieten müssen, um unserm Vaterlande die Freiheit zu gewinnen... Es kann 30 Jahre dauern, bis die große Last abgebürdet ist.“

So gesprochen in seiner Essener Rede. Wir haben dem nichts mehr hinzuzufügen. Wer jetzt noch nicht hört und das Wort Steuerstreik nicht zu verstehen vermag, der wird eben fühlen müssen. Hej.

Die Tragödie der Unterzeichnung des Ultimatums

Nicht nur eine Tragödie ist es, daß wir das Ultimatum unterzeichnet haben, sondern auch ein ungeheurer Schwindel und Bluff nicht nur dem Ausland, sondern auch dem eigenen Volk gegenüber. Ob wir an Kredit im Ausland verlieren, ist ja jetzt schließlich gleichgültig, aber das Volk hat ein Recht, die Wahrheit zu erfahren ohne Beschönigung und Bemäntelung. Das aber ist nicht geschehen. Wer hat heute in Deutschland eine Ahnung davon, welche Tragweite das Ultimatum allein in wirtschaftlicher Beziehung für Deutschland hat? Die wenigsten. Die Regierung wird's schon machen, dachte man. Nun hat man unterzeichnet und damit die Schlinge um den Hals gelegt, um den Hals des deutschen Volkes, das dadurch erdrosselt werden soll.

Noch im Sommer d. J. hat der Reichskanzler Wirth nach der Annahme des Ultimatums einem Berichterstatter der „United Preß“ erklärt: „Ich muß mich fragen, ob ich es mit meinem Gewissen vereinbaren kann, im Herbst vor dem Reichstag zu erscheinen und ihm zu sagen: ‚Ich habe Ihnen die Taschen vergeblich geleert, und bringe nichts, was ich Ihnen als Ausgleich dafür sagen kann.‘“

Das waren natürlich nur Sprüche, denn der Reichskanzler Wirth konnte es sehr wohl mit seinem Gewissen vereinbaren, in dieser Weise, ja in einer noch viel schamloseren, vor dem Reichstag zu erscheinen. „Ich stehe und falle mit Oberschlesien“, hatte er erklärt, ja, er ging, aber am andern Tage kam er mit einem neuen Unterwerfungsprogramm vor den Reichstag, obwohl er nach dem Raub Oberschlesiens die Quittung dafür bekommen hatte, daß er wirklich die Taschen vergeblich geleert hatte und nicht einmal das für Deutschland lebenswichtige Oberschlesien erhalten konnte, das er durch Annahme des Ultimatums gesichert glaubte. Nichts, aber auch gar nichts konnte er „als Ausgleich“ dafür zeigen, und doch schämte er sich nicht, machte er sich kein Gewissen daraus, mit einem neuen und damit um so unerfüllbareren Programm vor den Reichstag zu treten. Das ist eine Leistung, die durch alle Jahrhunderte der Geschichte unübertroffen dasteht und dastehen wird.

Man rühmt heute, daß es der Regierung Wirth doch gelungen sei, die durch das Ultimatum fällige erste Goldmilliarde zu zahlen. Das ist ein großer Schwindel und Betrug, den man dem Volke vormacht. Die Goldmilliarde ist noch gar nicht bezahlt, d. h., das Geld ist nur gepumpt, der Gläubiger hat nur gewechselt. Man kann nicht oft genug darauf hinweisen, durch welche Manipulationen diese Goldmilliarde beigebracht wurde, weil sie so recht unsere „Finanzgrößen“ beleuchtet. Die Goldmilliarde wurde aufgebracht

1. durch Kredite, die uns jüdische Auslandsbanken durch Vermittlung des Bankhauses Mendelsohn gewährten. Diese Auslandsanleihe ist kurzfristig und selbstverständlich verzinslich. Der Zins wird aus dem deutschen Volk durch die nunmehr neu angekündigten Steuern ausgepreßt werden;

2. durch Verpfändung des Silberbestandes der Reichsbank, der bekanntlich schon einmal an amerikanische Juden zur Lebensmittelbeschaffung verpfändet wurde. Bei gewöhnlichen Menschen nennt man eine solche Handlungsweise „Verbrechen“, bei Ministern muß man sich seit neuestem Maulkorberlaß vorsichtiger ausdrücken und darf nur sagen, daß es „pathologisch“ ist;

3. durch Devisen, also durch Auslandswechsel, d. h. Forderungen, die wir ans Ausland zu stellen haben. Davon wurden 450 Millionen hingegeben, wovon 150 die Reichsbank besaß. 300 Millionen der Devisen mußte das Reich kaufen. Bei der Aufnahme der Kredite machte das Bankhaus Mendelsohn wieder seinen Rebbach auf Kosten des Reichs, denn die Devisen mußten auf freiem Markte gegen eine ganz tolle Spekulation beschafft werden, was natürlich den Kaufpreis erheblich steigerte. Diese Summe ist also bezahlt, aber nicht durch ein Kapital, sondern durch künftige Einnahmen;

4. durch Preisgabe von Gold. 14 Millionen Goldmark wurden zu ganz enormen Preisen im Ausland angekauft und zudem 68 Millionen aus dem Bestande der Reichsbank genommen, also die Deckung für die Papierwährung erheblich verringert.

Wenn man nun bedenkt, daß es diesesmal nur eine Goldmilliarde war und daß wir durch das Ultimatum verpflichtet sind, später drei Goldmilliarden jährlich an den Feindbund zu zahlen, so erhellt daraus, welche Lasten sich auf den deutschen Steuerzahler abwälzen müssen. Denn die Kauf- und Beschaffungssumme von Gold- und Devisen usw., die sich durch Spekulationen immer mehr verteuern, verteilen sich mit unerbittlicher Folgerichtigkeit auf jeden einzelnen Kopf der Bevölkerung.

In den kommenden Jahren wird die Schaffung von Werten durch die deutsche Industrie durch die Unmöglichkeit der Beschaffung von Rohmaterialien wegen der Valuta ganz enorm verringert, ja vielleicht ganz aufgehoben werden, wenn das Sinken der Mark weiter anhält. Die Fabriken werden schließen müssen und Millionen Arbeiter, dadurch brotlos geworden, den Demagogen der Straße folgen. Der Kauf von Auslandslebensmitteln wird auf dieselbe Weise unmöglich gemacht werden. Das Chaos ist da. Tausende lauern schon auf jene Stunde, die kommen wird, nicht um den „Zukunftsstaat“ aufzurichten, sondern um der Bestialität zu frönen und über Leichen zu gehen. Die deutsche Volkswirtschaft ist vernichtet, und das ist das Ziel jener Börsendiktatoren, die den Sowjetjuden in Deutschland zu Eingang des Winters 1921/22 den Boden bereiten. Auf die Häupter jener Männer aber, die das Ultimatum gedankenlos und wider besseres Wissen unterzeichnet haben, möge der Fluch all der Tausenden kommen, die an seinen Folgen zugrunde gehen werden.

Alfred Miller.

Ein Skandal

Der Herr von Krausneck, weiland sozialdemokratischer Finanzminister in Bayern, hat jüngst einen mutigen Ritt gewagt. Er hat sich den Schwager Gottfried Feders, der Rentamtmann und daher sein direkter Untergebener ist, vorgebunden und ihm dieses aufgetragen: Er, der Schwager Feders, soll zum Vater Feders, der im Ansbacher Bezirk als Finanzbeamter tätig ist und früher der Vorgesetzte des Herrn v. Krausneck war, gehen und ihm nahelegen, daß er als Vater seinen Sohn Gottfried Feder veranlassen soll, von seiner „staatsgefährlichen“ Propaganda der Brechung der Zinsknechtschaft abzustehen. Das Verfahren ist zum mindesten eigenartig und sieht einem Erpressungsversuch verteufelt ähnlich. Man stelle sich doch vor: Der hohe Vorgesetzte gibt der Verwandtschaft Feders, die Finanzbeamte sind, einen Auftrag, dessen Ausführung absolut scheitern muß. Da blickt doch ganz deutlich die Drohung durch: Wenn ihr beide meinen Wunsch nicht erfüllen könnt, dann werdet ihr ja sehen. Es ist anzunehmen, daß die Pensionierungsabteilung bereits aufzuhorchen begann. Das ist die eine Seite der Sache, die in der jetzigen Zeit bereits kaum mehr so recht auffällt.

Die andere Seite ist die: Der marxistische Finanzminister mit dem „von“ vor seinem Namen, hat es mit dem Grausen bekommen vor der Brechung der Zinsknechtschaft; denn mit ihrer Verwirklichung erledigt sich ja auch der marxistische, internationale Kapitalismus und der Einfluß des Marxismus auf die Finanzwirtschaft unseres Staates. Und damit werden auch Finanzminister vom Schlage des Herrn von Krausneck stellenlos.

Die dritte Seite der Sache ist die: Wenn wir annehmen wollten, daß der Wunschtraum des Herrn von Krausneck tatsächlich in Erfüllung ginge (daß dies ausgeschlossen ist, dürfte niemand besser beurteilen, als Gottfried Feder selbst), was wäre damit gewonnen? Das Problem ist auf die heutige volkswirtschaftliche Lehrmeinung losgelassen, von Tausenden von Köpfen, die sicher nicht dümmer sind als heutige Finanzminister, aufgegriffen und wird weiter bearbeitet, ob der Vater dieses Gedankens noch aktiv mittäte oder nicht.

Der Ritt ging fehl, Herr von Krausneck, die marxistische Rosinante ist den Strapazen nicht mehr gewachsen und die Brechung der Zinsknechtschaft marschiert, ob Sie es wahr haben wollen oder nicht. H. j.

Die „Unschuldigen“

Um die Unschuld der Juden am Weltkrieg zu erweisen, veröffentlicht die „Deutsche Israelitische Zeitung“ (Nr. 21) einen Brief von Baron Alfred de Rothschild an Kaiser Wilhelm II., den ersterer angeblich zur „Erhaltung des Friedens“ geschrieben hat. Der Schuß geht aber nach hinten los. In dem Brief, den Kautsky in seine Aktenstücke aufgenommen hat, heißt es: „...weil ich immer ein Bewunderer der Politik Eurer Majestät war, wage ich Eure Majestät in diesem kritischen Augenblick anzureden, da die Segnungen des Friedens und die Schrecken des Krieges wie das Zünglein einer Wage balancieren. Wollen Eure Majestät mir daher einen Vorschlag senden, den ich sofort meinen Freunden vorlegen könnte, und der geeignet wäre, sowohl in Petersburg wie in Wien günstig aufgenommen zu werden, unterstützt von meinen Freunden?“

Man sehe sich diese Stellen genauer an! Zuerst die schleimige, echt jüdische captatio benevolentiae gegenüber dem Kaiser, dann das Pochen Rothschilds auf seinen und seiner „Freunde“ Einfluß, um das Zünglein an der Wage des Weltgeschehens durch einen „günstigen Vorschlag“ zu beeinflussen. Der Börsenkönig fühlte seine Macht und die seiner „Freunde“. Es bleibt dabei, die 300 Weltregenten, von denen jeder jeden kennt, „und die die Geschicke des Kontinents“ bestimmen, haben den Weltkrieg heraufbeschworen. Man lese nur das prächtige Buch von Henry Ford, „Der internationale Jude“. (Rathenau.)

Der Kaiser hat unter fraglichen Brief die bezeichnenden Worte geschrieben: „Eine meiner alten und sehr achtenswerten Bekanntschaften, ungefähr 75 bis 80 Jahre alt.“ Diese „sehr achtenswerten Bekanntschaften“ haben ihm sein Grab geschaufelt, sie haben seine Herrschaft angetreten. M.

Der Reichskanzler spekuliert in Aktien!?

Dr. Wirth ist scheinbar in allem ein treuer Schüler Erzbergers, des Unvergleichlichen. Diesem wurde im Helfferich-Prozeß gerichtlich bestätigt, daß er Politik von seinen privaten Geschäften nicht „immer“ getrennt habe. Als zumindest schmutzige Handlungsweise wurde dies dem Altmeister in eleganten Schieben angekreidet. Sein Schüler nun, des Reiches Kanzler und Mathematikprofessor Dr. Wirth, scheint ebenfalls dem Grundsatz zu huldigen, daß die Aktien einer Fabrik, die mit sicheren Staatsaufträgen versorgt wird, immerhin eine gute und gewinnbringende Geldanlage seien, die pleitesicher ist. Wenn man noch dazu den Vorzug hat, Reichskanzler zu sein, so ist es auch nicht gar so schwer, mit der Vergebung von Staatsaufträgen etwas nachzuhelfen und sie dorthin gelangen zu lassen, wo man seinen eigenen Zaster hineinsteckte. Das ist, kaufmännisch gesehen, vollständig richtig und klug gehandelt. Außerdem kann er auf diese Weise doch mit dem einen Talent, das ihm verliehen ist, wuchern und es fällt dann nicht so auf, wenn aus seinen anderen Talenten, die er nicht hat, absolut kein Gewinn herauszuschlagen ist. Ein Beweis, daß der Herr nicht nur bibelfest ist, sondern den Bibeltext richtig zu lesen versteht. Dr. Wirth ging also hin und kaufte 100 Aktien der Badischen Lokomotiven- und Motorfahrzeugfabrik, das Stück zu 1000 M., macht 100 000 Mark in bar.

Aber es ist allemal eine kitzliche Sache, wenn man als oberster Beamter des Reiches solche Geschäfte macht. Früher, unter dem „korrupten alten System“ da war „so etwas“ bei einem Staatsbeamten undenkbar. Ließ sich einer dazu verleiten, dann flog er rücksichtslos aus dem Amt. Ja, man weiß, daß ein Finanzminister des alten Preußen, der den Ankauf der preußischen Bahnen vermittelte, für sich kein „Geschäft“ daraus machte, sondern in den schlechtesten Verhältnissen sein Amt verließ. Es war einfach eine Selbstverständlichkeit, daß der Staatsbeamte lieber bei unzureichendem Gehalt hungerte und seine Pflicht tat, als seine Ehre preisgab. Aber wir leben in einer freien Zeit und haben natürlich auch freiere Anschauungen, auch in dieser Beziehung. Das Hemd liegt einem näher als der Rock. Und den heutigen Herrn liegt das Hemd verflucht nahe. Auch Herrn Dr. Wirth denn bei dem Geschäft hat er nicht nur die alte Beamtentradition zuschanden getreten, sondern auch etwas seltsam — es soll Leute geben, die da von Landesverrat sprechen — für einen deutschen Staatsmann gehandelt. Er hat nämlich das Geschäft mit einem Angehörigen der amerika-

Münchener Theater und Konzerte

Gerda Bosleys Liederabend vermittelte uns die Bekanntschaft einer sympathischen Stimme, die ihre Grenzen hat und haben wird. Die klug zusammengestellte Vortragsfolge hat übrigens an dem eindrucksvollen Abend ebensoviel Anteil als der wackere Begleiter.

Professor Erhards Liederabend war schön. Gesanglich befriedigte er nicht immer, aber er weiß um jede Vortragswirkung Bescheid und läßt sich nicht aus der Fassung bringen, wenn ihm auch einmal etwas mißlingt. Sein Begleiter verstand sich vortrefflich mit ihm, wenngleich er etwas flüchtig war. Mehr Ehrfurcht vor der Musik, lieber Herr! H. B.

„Der Schmied von Kochel.“ Nach langen Schwierigkeiten, auf die wir vielleicht noch einmal eingehend zu sprechen kommen müssen, wird, wie wir hören, die Uraufführung des großen Volksschauspieles „Der Schmied von Kochel“ an einem der nächsten Tage endlich stattfinden.

Münchener Theater. Die Eröffnungs- und Erstvorstellung von „Der Erbförster“ findet Samstag, den 12. November statt. Die Titelrolle spielt Rolf Pinegger, der auch die Inszenierung leitet. Der Vorverkauf hat bereits begonnen. Samstag, 12. November, abends ½8 Uhr, Sonntag nachmittags ½4 Uhr, abends ½8 Uhr und Montag bis Mittwoch, abends ½8 Uhr, „Der Erbförster“. Donnerstag bis Sonntag „Bruder Martin“.

Lustspielhaus. Die tanzende Maske. Operette in drei Akten von Ralph Benatzky und Alexander Engel. Musik von Ralph Benatzky, Komponist von „Liebe im Schnee“. Es ist jedenfalls merkwürdig, daß Theaterdirektoren und Spielleiter bei Werken, die sie zur Aufführung annehmen, fast nie die Wirkung auf das Publikum voraussagen können. Die bei Operetten meistens im Texte liegenden Mängel werden nicht erkannt. Hier schleppt sich die Handlung mühsam weiter, das wenige Gute wird durch platte Witze verbunden. Auch musikalisch steht das Werk bei aller Anerkennung einiger hübscher Gedanken tief unter der „Liebe im Schnee“. Olfers als sein eigener Spielleiter und seine Kräfte, an ihrer Spitze Kapellmeister Kurt Paster, Frau Inera als Trägerin der weiblichen Hauptrolle, endlich die Herren Miller, Forstner und Krafft Lortzing haben alles aus der Operette herausgeholt, was möglich war. Unmöglich aber ist Frl. Fritzi Kuschel, die weder gesanglich noch darstellerisch entspricht. In erster Beziehung, weil ihre Stimme das Ohr direkt beleidigt, in der zweiten Beziehung, weil sie übertreibt. K.

Kolosseum. Direktor Pfeffer-Acosta, der bereits über ein Jahr diese Bühne zur größten Zufriedenheit geleitet hat, zeigt sich nunmehr selbst als Meister der Kunst, in seinem Auftreten als Salon- und Herkules-Jongleur. Ohne Übertreibung kann man behaupten, daß er besonders in seinem zweiten Teil alles auf diesem Gebiete bis jetzt Geleistete übertrifft. Eiserne Kugeln von ungefähr 30—80 Pfund sind seine niedlichen Spielzeuge. Den Höhepunkt seiner Glanzleistungen bildet ein Bravour-Sprung, wobei er ein 220 Pfund schweres Kanonenrohr mit dem Genick auffängt. Man muß dies alles gesehen haben, denn sonst kann man sich keine Vorstellung davon machen.

Außerdem werden dem Besucher noch vorzügliche artistische Leistungen geboten, ausgeführt von den 3 Warellos, der Junetro-Truppe und dem komischen Radfahrer O. Derrington. Frl. M. Stakoich bringt überraschende Verwandlungstänze, M. Caro, der Humorist unterhält mit heiteren und lustigen Vorträgen die Anwesenden. Marder und Speener zeichnen plastische Riesengemälde. Reichen Beifall erntet der vortreffliche Parodist und Verwandlungskünstler Karera, der zum Schluß seiner Darbietungen noch eine Imitation der spanischen Tänzerin „La Bella Otero“ bringt. H. S.

Büchereinlauf.

Besprechungen unverlangter Werke vorbehalten. Sämtliche hier angezeigten Bücher können durch unseren Verlag, Thierschstraße 15, bezogen werden.

Joseph Stolzing: Mammon Imperator. Fr. Seybolds Verlagsbuchhandlung. München-Leipzig. Brosch. 7 M.

Erich Bockemühl, Musik der Träume. E. Matthes, Leipzig.

Ein Büchlein vom alten Liede der Sehnsucht und der Liebe, von Mensch und Natur, vom Sein und Vergehen.

Hjalmar Kutzleb, Landfahrerbuch. E. Matthes, Leipzig.

Unter weniger gelungenen Liedern eine stattliche Anzahl innerlich vollendeter Gedichte von lebendigem Rhythmus. Landfahrerbuch: ein Blick auf buntes Dasein voll Freude, Trauer, Schalk und — Selbstbehauptung.

Graf A. Gobineau, Aphroessa. Übersetzt von H. von Wolzogen. E. Matthes, Leipzig.

In Frankreich ignoriert, ist Gobineau in Deutschland einer der Gefeiertsten geworden. Mit Recht: War er doch einer der ersten, die die Geschichte Europas auch vom germanischen Standpunkte aus betrachtete. Allen Freunden Gobineaus seien die im vorliegenden Bande vereinigten Dichtungen (Olaf Tryggwason, Die Achilleis, Das kleine Lied usw.) ans Herz gelegt.

Walter Claßen, Die deutschen Volkskönige als Kaiser. Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg. 8 M.

Diesem Büchlein (dem 5. Heft von „Das Werden des deutschen Volkes“) sei Verbreitung gegönnt. In kurzen Zügen rollt ein Bild des frühen deutschen Mittelalters an uns vorüber. Das mit Wärme geschriebene Buch empfehlen wir namentlich denjenigen, die sich heute nicht in der Lage sehen, große Werke zu kaufen.

Hansjörg Maurer, § 175, eine kritische Studie des Problems der Homosexualität. W. Drexler Verlag, München. 8 M.

Es ist ein trauriges Zeichen der Zeit, daß ein Problem, das nur unter Ärzten und Patienten verhandelt werden sollte, heute öffentlich besprochen werden muß. Aber wie in Politik, Wirtschaft, Kunst, so tritt auch auf dem Gebiete der Sexualwissenschaft eine Verwirrung der Begriffe zutage. Das Gesunde wird als krank erklärt, das Kranke fordert Gleichberechtigung, ja Überberechtigung mit dem Gesunden. Der Name Magnus Hirschfeld möge in diesem Zusammenhange genügen.

Maurer gibt eine kurze Zusammenfassung des Problems, beleuchtet es vom völkischen und volkswirtschaftlichen Standpunkte aus, weist den Weg der möglichen Gesundung und fordert alle auf, den heute schon mehr, als man glauben möchte, verbreiteten Bestrebungen entgegenzutreten. Die Schrift sei allen empfohlen, die eine kurze, gründliche Kennzeichnung der neuen Gefahr unseres Volkes sich verschaffen und neben ihrer instinktiven Ablehnung ihr auch bewußt entgegenarbeiten wollen.

nischen, also einer fremden Botschaft gemacht. — Die Meldung dieser Tatsache in der Presse blieb bis heute unwidersprochen. Aber selbst wenn der Schein noch so sehr gegen Dr. Wirth spricht, wir können diese Meldung nicht glauben. Täten wirs, wir müßten dann den Mann und sein Handeln als etwas bezeichnen, was durch die Maulkorbverordnung vom 29. August 1921 in der bekannten Weise geahndet würde. Das wollen wir vermeiden. — Wer lacht denn da??

Hsl.

Internationale verwandtschaftliche Beziehungen der jüdischen Hochfinanz

Von Dr. Heinrich Pudor.

II. Amsterdamer und Oppenheimer Juden.

(Vgl. Nr. 85 des „V. B.")

Wir haben zunächst bezüglich der Speyers, deren weitverzweigte Familien den „Zipfel" darstellen, an dem man das ganze internationale Welt-Finanz-Judentum fassen kann, einiges nachzuholen. Wir erwähnten, daß der Kommerzienrat Ed. Beit von Speyer, Frankfurt a. M., Teilhaber des Londoner Bankgeschäftes Speyer Brothers und des Frankfurter Bankhauses Lazard Speyer-Ellissen ist, und daß er Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank ist. Der Name Beit von Speyer deutet auf die Verwandtschaft der Speyers mit den Beits, und wir erwähnten ferner, daß nach dem Dearborn Index die Firma Werner Beit u. Co. den Diamantenmarkt kontrolliere: den Nachweis dafür, daß dies richtig ist, haben wir inzwischen aufgefunden, insofern nach dem Südafrikanischen Minenhandbuch die Firma Wernher, Beit u. Co. in London „das bedeutendste südafrikanische Gold- und Diamantenminen-Firmenhaus" ist. (Zudem gibt es in Newyork ein Bankgeschäft Edw. Beit.)

Außer mit den Beits und Gutmanns (Berlin-Dresdner Bank) sind die Speyers mit den Lazards verwandt, wie es sich in der Firma Lazard Speyer-Ellissen, Frankfurt a. M., ausspricht. Hier haben wir nachzutragen, daß die Lazards ein eigenes Bankhaus in Newyork haben unter der Firma Lazard Frères und in Paris ein solches unter der Firma Lazard Frères & Cie., Inhaber Michael Lazard, André Lazard, David Weil[1], David Cahn, Thibault Cahn. Aus dieser Inhabergruppe erkennen wir gleichzeitig die Verbindung der Speyers und Lazards mit der Bankierfamilie der Cahns, die wir schon von Otto H. Kahn (Kahn-Cahn) her kennen. Von diesen Kahns leiten Beziehungen wiederum zu den Gutmanns (Bankhaus Morel Gutmann, Kahn fils & Cie. in Paris) in der vornehmen Rue Laffitte) wie zu den Goldschmidts (Bankhaus Goldschmidt, Kahn & Cie. in Paris), wie natürlich auch zu den Levys (Bankgeschäft M. Kahn & D. Levy in Paris). Auf einen gewissen Caën kommen wir gleich zu sprechen. Die Verbindung der Speyers mit den Oppenheimers besteht unmittelbar, insofern zu den Teilhabern des Londoner Stammhauses der Speyer „Speyer Brothers" neben Sir Edgar Speyer[2], James Speyer und Ed. Beit von Speyer auch Henry Oppenheimer gehört, worauf wir schon hinwiesen. Was den Namen Ellissen (Lazard Speyer-Ellissen, Frankfurt a. M.) betrifft, so handelt es sich vermutlich um Nachkommen jenes Abraham Ellissen, der zu den jüdischen Freimaurern des „Eklektischen Bundes", Frankfurt a. M., gehörte (vgl. darüber Näheres bei Wichtl, Weltfreimaurerei, Verlag J. F. Lehmann, 8. Aufl., S. 55).

Wo aber finden wir den eigentlichen, echten, ursprünglichen Speier — denn das „y" war offenbar die erste „hidden hand". Wir finden ihn mitten unter uns: einer der Abteilungsdirektoren in Berlin in der Deutschen Bank ist O. Speier, laut Geschäftsbericht für das Jahr 1920. Das Speyersche Bankhaus in Johannisburg firmiert deshalb folgerichtig: A. M. Speyer, vorm. A. G. Judd & Co.

Und nun zu dem vorgenannten Caën (= Cahen = Kahn). Es handelt sich um den politisch sehr bedeutsamen Bankier Caën d'Anvers, der in Paris ein Bankgeschäft unter der Firma L. & R. Cahen d'Anvers & Co., innehat und der der holländisch-belgischen Gruppe der internationalen Finanzjuden zugehört. Bevor wir auf diese zu sprechen kommen, müssen wir einiges zur Erläuterung vorausschicken.

Die Geschichte der internationalen Hochfinanz führt in ihren Anfängen nicht nur auf Frankfurt a. M. zurück, sondern auch auf Amsterdam, und in den heute noch bestehenden Amsterdamer Bankhäusern Hope & Co. und Labouchère, Ovens & Co. sind die Namen von zwei der ältesten internationalen Großfinanziers erhalten. Bevor nämlich Nathan Rothschild den englischen Geldmarkt beherrschte („es ist nicht viel gesagt und beinahe doch wahr, daß Nathan Rothschild den Kurs an der Londoner Börse ganz dirigiert" schrieb der preußische Finanzminister Rother im Jahre 1818 in einem Schreiben aus London nach Berlin), war dies seitens des Londoner Bankhauses Baring, in Firma Baring Brothers and Co. der Fall. Der erste Baring war ebenfalls aus Deutschland, und zwar aus Bremen eingewandert. Dessen Enkel Franz Baring, der eigentliche „Sir Francis" (auf den späteren unechten kommen wir gleich zurück), begründete den Weltruf des Hauses, und der Sohn dieses, Sir Francis Baring, nämlich Alexander Baring, nachmaliger Lord Ashburton, kaufte im Jahre 1814 von seinem Schwiegervater P. C. Labouchère das Bankgeschäft Hope & Co., das „vornehmste" Bankgeschäft Amsterdams. Mit beiden Häusern verband sich Napoleons Armeelieferant, der französische Finanzier G. J. Ouvrard.

Die weiteren Beziehungen Amsterdams zu der internationalen Hochfinanz sind vielfache. Auf einige haben wir schon hingewiesen, so bezüglich des Diamantenhandels und des südafrikanischen Minengeschäftes. Einige weitere sind folgende: Das Amsterdamer Bankgeschäft Deichmann und vom Rath leitet nach Köln. Karl Theod. Deichmann, Aufsichtsratsmitglied der Dresdner Bank, ist Inhaber der Kölner Firma Deichmann & Co., und Dr. Emil vom Rath, Aufsichtsratsmitglied der Dresdner Bank, ist Geh. Kommerzienrat in Köln. Dr. Walter vom Rath, Cronberg, ist Aufsichtsratsmitglied der ausschlaggebenden Metallgesellschaft, Frankfurt a. M., auf die wir noch zu sprechen kommen. Dagegen gehören die Mallinckrodts nach Belgien: Wilhelm von Mallinckrodt, Aufsichtsratsmitglied der Dresdner Bank, hat ein Bankgeschäft in Antwerpen (Mallinckrodt & Cie.). Dr. jur. B. von Mallinckrodt, Aufsichtsratsmitglied der Nationalbank für Deutschland, residiert auf Schloß Wachendorf, während auf Schloß Mallinckrodt bei Wetter a. d. R. Dr. jur. Hans Jordan, Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank, residiert. Nach Amsterdam führt wiederum das Bankgeschäft Lippmann, Rosenthal & Co., das bei der Finanzierung des Weltkrieges gegen Deutschland seinerzeit in Amerika mitgenannt wurde (in Paris gibt es ein Bankgeschäft Levy-Lippmann & Cie.). Holländischer Jude ist auch der amerikanische Arbeiter- und Gewerkschaftsführer Samuel Gompers (vgl. auch das Amsterdamer Bankgeschäft Wertheim & Gompertz und den „Commissar" der Allgemeenen Waarborg-Maatschappij in Amsterdam B. L. Gompertz). Umgekehrt finden wir in dem Aufsichtsrat der führenden „Amsterdamschen Bank" vier deutsche Juden, nämlich den Bankdirektor Parcus, Darmstadt, J. Kaempf, Berlin, Dr. Fritz Eltzbacher, Berlin (Paul Eltzbacher ist Professor an der Handelshochschule in Berlin), und F. Andreae, Frankfurt a. M. Der letztgenannte ist besonders zu beachten, denn Fritz Andreae ist der Inhaber der jetzt vielgenannten, im Vordergrund stehenden (so bei der neuen Marsfeld-Syndikat-A.-G.) Bankfirma Hardy u. Co., G. m. b. H., in Berlin, die auch einen Teil der neuen Aktien der Dresdner Bank übernommen hat und in den jetzt Deutschland regierenden Bankkonsortien eine Rolle spielt (Fritz Andreae sitzt zugleich im Aufsichtsrat der Nationalbank für Deutschland). Die Andreaes sind also Juden; in Frankfurt a. M. gibt es viele Bankiers dieses Namens, u. a. Andreae v. Neufville, Andreaes Betich, Andreaes Hahn. Auf die Verbindungen der Speyers mit Amsterdam haben wir schon hingewiesen. Auch einen Bankdirektor O. Loeb und ein Bankgeschäft Gebr. Loebb gibt es in Amsterdam (vgl. Kuhn, Loeb u. Cie. in Newyork). Im übrigen würde es zu weit führen, alle Juden der Amsterdamer Banken und Großbanken aufzuzählen. Man beachte aber, daß seinerzeit unter den fünf Finanzjuden, die die Kosten für die Wahl Wilsons zum Präsidenten unter der Bedingung, daß der Krieg gegen Deutschland seitens Amerikas erklärt würde, aufbrachten, neben Schiff und Warburg auch die holländischen Finanzjuden Rosenthal, Jakob Weil und Speyer sich befanden. Dies führt uns zu dem jüdischen Bankier Kahn-Cahn von Antwerpen zurück, der sich Caën d'Anvers nennt und Cahen d'Anvers firmiert, und dessen Tochter mit dem im Weltkrieg im Vordergrund stehenden englischen Heerführer General Townshend verheiratet ist. Dieser General Townshend hat schon während des Weltkrieges erklärt, daß die englisch-französischen Kriegsabsichten allen, die es wissen wollten, schon seit 1905/6 bekannt waren, und daß der Kriegsplan zwischen England und Frankreich einschließlich der Rolle Belgiens seit 1911 bis in alle Einzelheiten festgelegt war. „England werde ungefähr 120 000 Mann in die Gegend von Lille werfen." (Vgl. hierzu „Nordd. Allg. Ztg." vom 20. Mai 1916, und „Deutsche Tagesztg." vom 30. Juni 1916.)

Wiederum auf Holland, diesmal auf die Schwesterstadt Amsterdams, auf Haag, weist folgendes: Wir erwähnten oben den ersten, echten „Sir Francis" (Baring), der sich mit Holland verwandtschaftlich und finanziell verband. Der zweite „Sir Francis" (so wird er in England genannt), nämlich der Jude Franz Oppenheimer aus Frankfurt a. M., war während des Weltkrieges großbritannischer Handelsattaché bei der Gesandtschaft im Haag und hat in dieser entscheidenden Zeit sozusagen den ganzen Handel Deutschlands an England ausspioniert und verraten. Als Lloyd George im englischen Unterhause darauf gestellt wurde, wie es käme, daß man einem Deutschen die Interessen Englands in Holland anvertraue, antwortete Lloyd George, Sir Francis sei eigentlich gar kein Deutscher, sondern Jude, und er habe die Interessen Englands sehr energisch wahrgenommen. Lloyd George hätte aber auch darauf hinweisen können, daß ein zweiter „Deutscher" dieses Namens Oppenheimer, und vermutlich naher Verwandter von Sir Francis, nämlich Henry Oppenheimer, Teilhaber des großen Londoner Bankhauses Speyer Brothers ist.

Von den in Deutschland ansässigen Oppenheimers erwähnen wir zunächst Dr. Franz Oppenheimer, Berlin, Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank, Vorstandsmitglied der A.-G. für Anilinfabrikation, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Braunkohlen- und Brikettindustrie-A.-G., und Inhaber der Firma Emanuel Friedländer & Co. in Berlin (bei dem Londoner Geschäft derselben Firma ist die Nationalbank für Deutschland beteiligt). Für die Friedländers hatte der Kaiser eine Vorliebe: noch kürzlich lud er sich den Direktor Dr. Friedländer von den Kgl. Museen nach Schloß Doorn ein, und Friedländer-Fuld — Fulda (Fulda liegt nicht weit von Frankfurt-Oppenheim — vgl. den jüdischen Dichter Fulda) gehörte einstmals zu seiner Tafelrunde. Die vorgenannten Oppenheimers aber werden vermutlich von jenem Süß-Oppenheimer abstammen, ursprünglich Münzjude (wie der Stammvater des Hauses Rothschild), dann württembergischer Finanzminister, und schließlich als Schuft und Betrüger entlarvt und gehenkt.

(Fortsetzung folgt.)

[1] Jacob Weill in Amerika war einer der Finanzjuden, die die Mittel zur Wahl Wilsons aufbrachten. Wir kommen darauf zurück. Ein Finanzmann und Jude Dr. Weill war Mitglied des Reichstages vor dem Zusammenbruch (vergl. Wichtl, S. 261).

[2] Edgar Speyer und James Speyer haben jeder auch in Newyork ein Bankgeschäft.

Einer, der geschlafen hat

ist anscheinend der Präsident Harding. Er sandte laut „Deutsche Israelitische Zeitung", Nr. 11, dem „Jewish Forum" folgendes Schreiben: „Zur Feier des Rosch-Hoschanah-Festes sende ich dem jüdischen Volke in Amerika und seinen Glaubensgenossen in der übrigen Welt meine allerbesten Glückwünsche. Man kann nicht genug der gewaltigen Verdienste erinnern, die das jüdische Volk der Welt geleistet hat und noch leistet. Wir leben gottlob in einer Zeit, in der überlebte Vorurteile dem Vergessen anheimfallen: die Nützlichkeit des jüdischen Volkes hat sich dadurch noch vermehrt."

Die „Nützlichkeit des jüdischen Volkes"!! Guter, einfältiger Harding, entweder hast du wieder guten Wind machen wollen, oder es redet nur die Loge aus dir, deren „Großmeister" du bist!!

M.

Ein netter Gefängnisverwalter

Der Gefängnisverwalter Lüttich von der Gefangenenanstalt an der Corneliusstraße ist eine seltsame Figur. Während der Zeit der Befreiung Münchens war in dem Gefängnis der frühere Polizeipräsident der Räterepublik Dosch in Untersuchungshaft. Dessen Braut, die Dosch öfter besuchte, hatte sich Lüttich aufs Korn genommen, tat ihr schön, besuchte Kabaretts und Cafés mit ihr, machte ihr allerlei Anträge, gab ihr sogar ein Heiratsversprechen. Als sie nicht auf seine „Werbungen" hereinfiel, versuchte er sie gewaltsam an sich zu ziehen und zu küssen. Zwei Ohrfeigen aber waren der Lohn seiner Bemühungen. Daraufhin verlor Dosch die vorzugsweise Behandlung durch den feinen Gefängnisverwalter, der ihn sonst den ganzen Tag außerhalb seiner Zelle sich frei bewegen ließ. Allerdings hatte Lüttich auch nicht mehr das Vergnügen, mit der Braut des Gefangenen länger sich zu amüsieren, — wie er das vorher in seinem Zimmer im Vorderhause des Gefängnisses konnte. — Einige Gefangene, die in besonderer Gunst bei Lüttich standen, konnten abends um 8 Uhr mit Auto in die Stadt fahren, sich in Weinhäusern volltrinken bis 12 Uhr und stundenlang Damenbesuch in ihren Zellen empfangen. Mit anderen Gefangenen rauchte und trank Lüttich Wein auf seinem Zimmer.

Die Tatsachen, die zeugeneidlich erhärtet werden können, sind dem Justizministerium am 12. September 1921 bekannt gemacht worden, als Lüttich es sich einfallen ließ, einem Oberaufseher B., der sich in keiner Weise etwas hat zuschulden kommen lassen, den unbefristeten Laufpaß zu geben. Bis heute sind aber noch keine Schritte bekannt geworden, die die Wiedereinsetzung des dem Lüttich mißliebigen Beamten verfügten. Wir richten deshalb die öffentliche Anfrage an das Justizministerium, ob es noch länger ein offenbares Unrecht dulden will.

Hsl.

Münchner Nachrichten

— **Gemeindebeamte und Handwerk.** Die steigenden Anforderungen, die an die handwerkberuflich tätigen Beamten in der Gemeinde, in Staat und Reich durch die immer mehr als Einnahmequelle ihrer Finanzen herangezogenen und sich stets ausdehnenden technischen Betriebe gestellt werden, verpflichten diese Beamten zur Hergabe ihres Besten. Zur Förderung, Weiterbildung und Achtung des Handwerkes im Gemeindedienst, hat sich durch einstimmigen Beschluß einer überaus stark besuchten Versammlung sämtlicher handwerkberuflich tätiger Gemeindebeamter am 2. November eine Gruppe der „Technischen Werkbeamten" innerhalb der Gemeindebeamten-Gewerkschaft gegründet. Der Ausbau dieser Gruppe ist für sämtliche Gemeinde-, Staats- und Reichsbeamte zu intensiverer Interessenvertretung des Handwerkes in den Beamtenorganisationen geplant.

— **Kirchliche Kunst auf der Deutschen Gewerbeschau.** Auf der Deutschen Gewerbeschau München 1922 wird auch die kirchliche Kunst einen breiten Raum einnehmen. In der unter Professor Berndls Leitung zusammengestellten Ausstellung für kirchliche Kunst und in dem Kultbau von Professor Peter Behrens ist Künstlern Gelegenheit gegeben, ihr Können auf diesem Gebiete zu zeigen. Es ist sehr erwünscht, daß auch neue Glasbilder und farbige Mosaiken zur Ausstellung gesandt werden, wozu nachdrücklich die Unterstützung von Kirchengemeinden und Stiftern angeregt werden muß. Diese würden durch Auftragserteilung solcher Aufgaben im jetzigen Zeitpunkt nicht nur Künstler in ihrer Arbeit fördern, sondern auch Gelegenheit haben, zu außerordentlich billigen Preisen gute Entwürfe zu erhalten, falls diese Arbeiten nach ihrer Fertigstellung zuerst auf der Ausstellung in München gezeigt werden dürfen. Die Vermittlung übernimmt die Geschäftsstelle des Deutschen Werkbundes, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a, I.

— **Gauvertretertagung der Behördenfachgruppe im D.H.V.** Am Sonntag, den 6. November 1921, veranstaltete die Gaufachgruppe der Behördenangestellten im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband eine Vertretertagung, die von Vertretern aus München, wie aus den verschiedensten Teilen des Landes gut besucht war. Die Aussprache über das Referat des Gaufachgruppenleiters Schenk: Die Revision des Teiltarifvertrages, gipfelte in folgender Entschließung:

„Die am Sonntag, den 6. November 1921, in München zusammengekommenen Vertreter der Fachgruppe der Behördenangestellten im D.H.V. nehmen entrüstet von der Tatsache Kenntnis, daß der Afa-Bund den günstigen Ausgang der Revisionsverhandlungen dadurch verhinderte und die Einheitsfront sprengte, weil er sich nicht, wie die Vertreter des D.H.V., auf den Standpunkt gestellt hat, daß die Revisionsverhandlungen nicht lediglich von den Ergebnissen der Beamtenbesoldungsgesetze, die nur die Gruppierungsfrage umfaßt, abhängig sind, sondern, was auch wiederholt von Regierungsvertretern protokollarisch zugesagt wurde, über den gesamten textlichen Teil des Teiltarifes ausgedehnt werden können. Die Versammelten sprechen den Vertretern des D.H.V. ihr vollstes Vertrauen aus und geloben auch weiterhin nachhaltigste Unterstützung ihrer Organisation bei der Durchsetzung ihrer beruflichen Belange."

Geschäftsführer Gengle vom D.H.V. sprach über die kommenden Hauptbetriebsratswahlen und zog aus den verschiedenen Vorkommnissen der letzten Monate den Schluß, daß nur eine eigene Verbandsliste zu den Wahlen die Möglichkeit der nachdrücklichsten Interessenvertretung der Kollegenschaft gewährleiste. Die Versammlung schloß sich dieser Auffassung einstimmig an. Mit einem kräftigen Heil wurde die anregende und einmütige Vertretertagung geschlossen.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dietrich Eckart. Für den Anzeigenteil: H. Pickl. — Verlag: Frz. Eher, Nachf., G.m.b.H. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller u. Sohn. —

Steckenpferd-Seife
die beste Lilienmilchseife für zarte weiße Haut.

„Zwei wunderbare Sachen" sagt ein alter Patient, „führen Sie mit Ihren Oramintabletten und Ihrem Germosan. Ihr Oramin hat bei meiner oft unerträglichen Gicht und Rheuma glänzend geholfen, und Ihre vortrefflichen Germosankapseln trage ich stets in der Westentasche bei meinen plötzlichen und ekelhaften Migräne- und Neuralgieanfällen. Mit diesen beiden Mitteln müßten Sie eigentlich Bombengeschäfte machen." In Apotheken erhältlich, à 6 M.

Auskünfte
überallhin erledigt
Otto Miltsch
Auskunftei
Hohenzollernstraße Nr. 23
Telephon 30968.

Ostermaier
Bayer. Lotterie-Einnahme
München

Metallbetten
[illegible]

Korsetts
von M. 29,— an
[illegible]
G. Hofmann,
[illegible]

Löwenbräukeller
Täglich große KONZERTE
Erstklassige Kapellen

BETTEN
Spezialgeschäft GESCHWISTER OTTINGER
Telephon 21106, Fellenbachstr. (Kaufhaus)